

---

Lothar Zimmermann/Siegfried Bleicher

---

## Gewerkschaftliche Positionen zu den neuen Medien und ihren Folgen

---

Lothar Zimmermann, geb. 1929 in Pforzheim, zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB für die Bereiche Organisation, Werbung/Medienpolitik, Kultur- und Tarifpolitik.

Siegfried Bleicher, geb. 1940 in Hohenlimburg, ist zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB für die Bereiche Angestellte, Technologie und Humanisierung der Arbeit, Ausländische Arbeitnehmer und Personal.

### Medienpolitische Entwicklungstendenzen

Die neuen Medien - besser gesagt die neuen Medientechnologien - werden die historisch gewachsenen Informationsstrukturen in unserem Land in den nächsten Jahren entscheidend verändern. Sie werden Einfluß auf unser persönliches und gesellschaftliches Leben haben, noch bevor dieser Einfluß vom einzelnen und der Gesellschaft in seiner vollen Tragweite erkannt, geschweige denn akzeptiert wird.

Was bisher unter dem Stichwort der Informationsbalance von privater Presse auf der einen und öffentlich-rechtlichem Rundfunk auf der anderen Seite Bestand hatte, wird in dieser Form bald nicht mehr existieren. Die Auseinandersetzungen um die Neuverteilung der medienpolitischen Machtpositionen und damit zugleich von politischer und wirtschaftlicher Macht sind in vollem Gange.

Es wird immer schwieriger, in diesem Prozeß Ursache und Wirkung, Chancen und Gefahren bestimmter Entwicklungen deutlich darzulegen. Je nach Interessenlage ist dies von den einzelnen auch nicht in jedem Fall erwünscht. Um so stärker besteht hier für große und die Entwicklung mitbestimmende gesell-

schaftlich relevante Gruppen, zu denen zweifellos auch der Deutsche Gewerkschaftsbund gehört, eine Verantwortung und Verpflichtung.

Den Gewerkschaften beispielsweise kann und darf es nicht gleichgültig sein, ob unser Informationssystem zum Spielball der freien Kräfte des Marktes wird, ob eines Tages das geschriebene und gedruckte Wort dem elektronischen weicht, ob die Familien intakt bleiben und ausreichend Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Die medienpolitische Zukunft unseres Landes wird mit dem privaten Schicksal des einzelnen ständig enger verknüpft. Daraus resultieren grundlegende Fragen an diese Zukunft, von der der Arbeitnehmer nicht überrascht und überrollt werden darf. Den Gewerkschaften geht es hier weder darum, Horrorgemälde einer verkabelten Gesellschaft, frei nach George Orwell's „1984“, zu entwerfen noch darum, als Bremser des technologischen Fortschritts für das Jahr 2000 abgestempelt zu werden. Sie wenden sich nicht gegen eine sinnvolle technische Weiterentwicklung. Sie wollen jedoch eine technologische Zukunft, die auch sozial steuerbar und gestaltbar ist, die z.B. Raum läßt für die Humanisierung unseres Arbeitslebens und die Verkürzung der Arbeitszeit.

Die neuen Medientechnologien haben eine Entwicklung eingeleitet, die charakterisiert wird von Faktoren wie der Aufhebung der Frequenzknappheit für Funk und Fernsehen und damit beliebiger Programmvermehrung, von individueller Textkommunikation in bisher nicht gekanntem Ausmaß, von Bildfernsehen und Pay-TV, dem Fernsehen auf bezahlten Abruf.

Diese Entwicklung wird aber ebenso charakterisiert von einem Umbruch hinsichtlich der Gestaltung und dem Bestand der Arbeitsplätze, von Rationalisierungsschüben, die bis hin zum wieder möglichen, diesmal jedoch elektronischen Heimarbeitsplatz reichen.

Die Gewerkschaften sehen diese Entwicklungstendenzen mit ausgesprochener Besorgnis. Sie warnen davor, die neuen Technologien über die Köpfe der unmittelbar Betroffenen hinweg in Gang zu setzen. Sie sehen die Weiterentwicklung der Demokratie in unserem Land in Frage gestellt, wenn die Verbreitung von Informationen und Meinungen nur noch denen möglich ist, die dafür das notwendige Geld und die beherrschende Marktmacht besitzen.

Der Fortbestand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist für den Deutschen Gewerkschaftsbund eine wichtige Voraussetzung für die Sicherung und den Ausbau demokratischer Strukturen in unserem Lande.

Mit dem Kabelfernsehen - einem wichtigen Teilgebiet der neuen Medientechnologien - soll in vier Pilotprojekten versucht werden, nicht nur diesen neuen Übertragungsweg und seine vielfältigen Möglichkeiten zu testen, sondern vor allem privaten Rundfunk als Konkurrenz zum öffentlich-rechtlichen zu installieren. Die Projekte in Ludwigshafen, München und Berlin bieten dafür günstige Einstiegsmöglichkeiten. (Nur das Projekt Dortmund wird noch unter alleiniger Programmverantwortung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks realisiert). Veränderte Landesmediengesetze und das konzentrierte Bestreben von Verlegerseite, in die elektronischen Medien einzudringen, haben hier das Feld vorbereitet. Fehler und Schwächen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks trugen - leider, so muß man sagen - gleichfalls dazu bei, dem Ruf nach privater Funk- und Fernsehkonkurrenz nun endlich Taten folgen zu lassen.

In Anbetracht einer keineswegs beklagenswerten wirtschaftlichen Bilanz auf Verlegerseite in den letzten Jahren liegt die Frage nahe, was eigentlich die Verleger dazu treibt, eine historisch gewachsene Position und auch eine gewisse gesellschaftliche Verantwortung gegenüber dem Fortbestand des gedruckten Wortes aufzugeben. Der Grund dafür kann eigentlich nur in den in Aussicht gestellten noch höheren Renditen und der Nutzung des Mediums Funk und Fernsehen als politische Machtposition zu sehen sein.

#### Keine Gebührenanteile zur Kooperation mit kommerziellen Veranstaltern

Die zur Zeit zwischen den Verlegern und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eingegangenen Kooperationsformen im Bereich von Funk und Fernsehen werden von den Gewerkschaften als das bewertet, was sie auch tatsächlich sind: Es geht um die Installation von privaten Veranstaltern von Funk und Fernsehen mit Hilfe der von den Zuschauern und Zuhörern gezahlten Gebühren.

Die Gewerkschaften lehnen diese Kooperation ab, denn hier werden Funk- und Fernsehgebühren, die für Programmzwecke gezahlt werden, genutzt, um privaten Unternehmen einen möglichst risikolosen Einstieg ins lukrative Funk- und Fernsehgeschäft zu ermöglichen. Es fällt nicht schwer, den Zeitpunkt auszumachen, wann aus dem gegenwärtig als großen medienpolitischen Fortschritt gefeiertem Miteinander das befürchtete Gegeneinander wird. Dann nämlich, wenn der Kampf um hohe Einschaltquoten, um Werbemarktanteile, um Vorkaufsrechte für Erstaufführungen, Weltmeisterschaftsspiele u.a. begonnen hat.

Es ist bezeichnend, daß es die Verlegerseite im Pilotprojekt Ludwigshafen beim Landesgesetzgeber erreicht hat, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk lo-

kale Hörfunk- und Fernsehprogramme zu untersagen. Eine ähnliche Entwicklung deutet sich für die Kooperation von Verlegern im süddeutschen Raum mit Südwestfunk, Süddeutschem Rundfunk und dem ZDF an. Die Gewerkschaften halten dies für eine außerordentliche Beeinträchtigung der vom Gesetzgeber garantierten Rundfunkfreiheit. Sie sehen hier grundlegende Schritte zur Meinungsmonopolisierung, wie sie ja heute in Bereichen mit nur einer Zeitung bereits anzutreffen ist. Der Begriff des „Monopols“, der den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten völlig unberechtigt angeheftet wird, scheint immer dann nicht zu gelten, wenn es um verlegerische Belange geht.

### Gewerkschaftliche Mitsprache für neue Textkommunikation

Das Eindringen von fünf führenden Tageszeitungen in das Medium „Videotext“, das von den Rundfunkanstalten veranstaltet wird und von der Begriffsdefinition des Rundfunks her auch voll als Rundfunk zu gelten hat, zielt in die gleiche Richtung. Man muß fragen, mit welchem Recht gerade diese Zeitungsredaktionen teilnehmen und nicht ebenso Redaktionen aus dem kirchlichen, gewerkschaftlichen oder kulturellen Bereich.

Neben dem Videotext, der insbesondere als programmbegleitende Information für Funk und Fernsehen dient und mit einem aktuellen Nachrichtenteil aufwartet, gewinnt der Bildschirmtext als individueller und geschäftlicher Daten- und Textübertragungsweg mittels Fernsehgerät und Telefon zunehmend an Bedeutung.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich bei Bildschirmtext an den Feldversuchen in Berlin und Düsseldorf-Neuß beteiligt, um Erfahrungen mit dieser neuen Übertragungstechnologie zu gewinnen und sich entsprechende Kenntnisse zu erwerben, die ihn bei der Wahrnehmung seiner notwendigen Mitspracherechte zur Einführung von Bildschirmtext im bundesweiten Maßstab in den betroffenen Betrieben und Institutionen unterstützen.

Die neuen Medientechnologien, insbesondere die der reinen Textkommunikation, haben deutlich gemacht, daß es neben der medienpolitischen vor allem die arbeitsmarktpolitische Komponente ist, die zunehmend das besondere Interesse der Gewerkschaften verdient. Die Arbeitnehmer sind nicht nur in ihren Interessen als Zuhörer und Zuschauer von Funk und Fernsehen betroffen, sondern vor allem in ihrer Existenz am Arbeitsplatz.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird deshalb seine Mitspracherechte in beiden Bereichen nutzen und absichern. Auch wenn er sich nicht mit eigenen Programmen an den Kabelfernseh-Pilotprojekten beteiligt, wird er in den Pro-

jekten mit öffentlich-rechtlicher Trägerschaft die ihm zustehende Interessenvertretung in den Aufsichtsgremien wahrnehmen. Er wird darüber hinaus in den vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk verantworteten Programmteilen darauf hinwirken, daß Arbeitnehmerinteressen im Vergleich zu anderen Gruppierungen nicht zu kurz kommen.

Die weitere medienpolitische Entwicklung in unserem Land macht es für den DGB erforderlich, auf die veränderte Situation in der Rundfunkgesetzgebung und in der Rundfunkpraxis entsprechend zu reagieren und seine Positionen einer breiten Öffentlichkeit deutlich darzulegen.

### Neue Medien - neue Arbeitsplätze?

Sehr spät erst setzte im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Medien die Diskussion über die rationalisierungspolitischen Effekte der Telekommunikationstechniken ein. Was in diesem Zusammenhang an Zahlen in der öffentlichen Diskussion genannt wird, müßte selbst den eingefleischtesten neo-liberalen Marktwirtschaftsvertretern den Angstschweiß auf die Stirn treiben: 2,5 Mio. Arbeitsplätze im Büro- und Verwaltungsbereich, Millionen von Arbeitsplätzen im Facheinzel-, Groß- und Versandhandel, jeder dritte Arbeitsplatz in der Druckindustrie, abertausende von Arbeitsplätzen im Post- und Fernmeldewesen, das sind Gefährdungsbereiche, die eine beschäftigungspolitische Katastrophe vorzuprogrammieren scheinen.

Nachgerade bescheiden nehmen sich dagegen die - übrigens stark anzweifelbaren - 20000 Arbeitsplätze aus, die Bundespostminister Schwarz-Schilling über die Verkabelung zu schaffen verspricht. Hier handelt es sich um beschäftigungspolitische Eintagsfliegen, die die strukturell bedingten Arbeitsmarktprobleme nicht lösen. So wichtig es auch ist, alle sich anbietenden Möglichkeiten der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu nutzen, so realistisch und nüchtern muß man die tatsächlichen Auswirkungen solcher Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen sehen: Es sind beschäftigungspolitische Tropfen, die folgenlos auf dem heißen Stein wirtschaftlicher Strukturprobleme verdampfen. Selbst das Argument, daß die gezielte staatliche Förderung der Entwicklung neuer Technologien im Bereich der Kabeltechnik sowie bei den Herstellern von büro- und nachrichtentechnischen Produkten Arbeitsplätze in einem nennenswerten Umfang schaffen werde, muß aufgrund der Erfahrungen aus den vergangenen Jahren sehr stark angezweifelt werden. Bei den Büro- und Informationstechnologien wuchs die Produktion beispielsweise zwischen 1975 und 1980 um 63%, während die Beschäftigung sich nur um 17% vergrößerte. Insbesondere die Produktion elektronischer Bauelemente ist von deutschen Unternehmen systematisch ins Ausland verlagert worden, wodurch auf dem nationalen Arbeitsmarkt keine entlastenden Effekte aufgetreten sind.

Die Arbeitgeber sind die treuen Begleiter des Bundespostministers. Mit seiner Hilfe gedenken sie, ein altes strategisches Ziel der Arbeitgeber, dessen Verwirklichung ihnen lange Zeit Schwierigkeiten bereitet hat, zu realisieren: die radikale und umfassende Senkung der Personalkosten im Angestelltenbereich durch die geplante Automatisierung von schätzungsweise 25 % der Bürotätigkeiten. Im Originalton liest sich das wie folgt: „Der Anteil der im Büro Beschäftigten an der Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland stieg von rd. 35% (1950) auf mehr als 50% im Jahre 1980. Der damit verbundene starke Anstieg der Personalkosten im Bürobereich - durchschnittlich 80% der Bürokosten sind Personalkosten im Vergleich zu rd. 40% in Produktion - läßt Anstrengungen zur Automatisierung und Rationalisierung der Bürotätigkeit immer dringlicher werden.“ \*

Im Jahre 1980 waren in der Bundesrepublik 250 000 Datenterminals im Einsatz. 1985 wird sich diese Zahl auf 450000 mehr als verdoppeln und 1990 ein weiteres Mal um 100% auf 900000 zunehmen. Schon der Einsatz dieser Geräte und ihre Integration in In-House-Netze hat erhebliche Arbeitsplatzverluste in der Vergangenheit zur Folge gehabt. Das Zusammenwachsen von nachrichtentechnischen Technologien mit der Bürocomputertechnik wird demgegenüber jedoch einen Rationalisierungsschub einleiten, der technikgeschichtlich die sozialen Auswirkungen von Feuer, Rad und Dampfmaschine zusammengekommen bei weitem übertreffen wird. Dabei geht es z.B. um das elektronische Datentelefon, das sich über die Sprachkommunikation hinaus zu einem wesentlichen Bestandteil umfassender Kommunikationssysteme entwickeln wird, die Telefax- und Teletex-Dienste, die die technischen Grundlagen für die elektronische Post darstellen und den traditionellen Informationsaustausch vollkommen revolutionieren werden sowie um die Integration von Text- und Datenverarbeitung über die Zusammenfassung des Teletex-Systems mit Anwendersystemen der Datenverarbeitung. Dies sind Entwicklungstrends, deren Rationalisierungsauswirkungen über die traditionelle einzelbetriebliche Sichtweise nicht mehr erfaßt werden können.

Die schon heute weit fortgeschrittene überbetriebliche und zwischenbetriebliche Datenkommunikation wird durch die Digitalisierung der schmalbandigen Netze und Dienste (ISD-Netze) zu einem totalen, weltweiten elektronischen Kommunikationsverbund zwischen Staaten, Unternehmen, Behörden und auch Privatwohnungen führen.

Darin liegen weitere Gefahren, die über die Rationalisierungseffekte dieser Technologien hinausweisen. Die Möglichkeit der Installierung von Heim-

---

\* Neue Informations- und Kommunikationstechniken und ihre gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen - ein Diskussionsbeitrag der BDI-Projektgruppe „Medienpolitik“, Köln, im Oktober 1982

arbeitsplätzen - hier handelt es sich um keine Vision, sondern in Baden-Württemberg befindet sich ein entsprechender Modellversuch in der Durchführung - wirft die Frage auf, wie die gesellschaftliche Organisation der Arbeit in Zukunft aussehen wird. Was bedeutet es für die Gewerkschaften und welche Rolle werden sie ausfüllen, wenn sie in einer gesellschaftlichen Arbeitsorganisation tätig werden müssen, in der ein nennenswerter Umfang von Arbeitsplätzen dezentralisiert, zersplittert und isoliert in Privatwohnungen existiert und insgesamt einer zentralen elektronischen Kontrolle unterliegen?

Eine weitere Gefahr, auf die aufmerksam gemacht werden muß, liegt in dem nicht mehr kontrollierbaren Austausch und Fluß digitalisierter Daten und Informationen, in der nicht mehr nachvollziehbaren Verschränkung von Daten aus den verschiedensten Quellen sowie in den technisch fast nicht mehr begrenzten Möglichkeiten der Langzeitauswertung. Welche Instanz ist technisch-organisatorisch und politisch überhaupt noch in der Lage, den Austausch, die Verwendung und den Zweck der Auswertung von Daten im Interesse des Schutzes der Persönlichkeit und der politischen Freiheit des einzelnen zu kontrollieren? Wer die schon heute auftretenden Schwierigkeiten der Kontrolle betrieblicher Informations- und Datenverarbeitungen kennt, wird kein Auge mehr schließen können, wenn er sich mit den Möglichkeiten der überbetrieblichen, zwischenbetrieblichen und gesamtgesellschaftlichen Datenverarbeitung über digitalisierte Netze befaßt.

Das Fazit auf die hier aufgeworfenen Probleme und Fragen lautet, wenn wir nüchtern die Entwicklung in der Bundesrepublik einschätzen: viele totgeschwiegene Fragen - keine Antworten.

### Elektronischer Überfall ohne demokratische Durchschaubarkeit

Fast schon grotesk mutet die Hast an, mit der Bundespostminister Schwarz-Schilling die Entwicklung neuer Medien und neuer Kommunikationstechnologien vorantreibt. Diese Hetze scheint selbst das technologische Know-How und die Fertigkeiten eines Elektrokonzerns wie IBM zu überfordern, der jüngst den Zeitplänen des Ministers für die bundesweite Einführung des Bildschirmtextdienstes, der für den Herbst 1983 geplant war, eine Absage erteilen mußte.

Die elektronische Hetzjagd des Ministers hat gute Gründe: Muß er doch befürchten, daß immer mehr gesellschaftliche Gruppen erkennen, welche enormen gesellschaftlichen Risiken medienpolitischer, beschäftigungspolitischer, Verbraucherschutz- und datenschutzrechtlicher Natur in dieser technologischen Entwicklungslinie enthalten sind.

Mit großem Unbehagen beobachtet der Deutsche Gewerkschaftsbund, wie sich die Medienpolitik des Bundespostministers an der öffentlichen Meinung vorbeizuschleichen versucht. Es wurde bei der Einführung neuer Medien zwar immer der Eindruck erweckt, man befinde sich im Versuchs- und Auswertungsstadium - beispielsweise bei den Bildschirmtextfeldversuchen, den Kabelpilotprojekten, den BIGFON-Projekten -, in Wirklichkeit handelt es sich um eine kühl kalkulierte Politik der unumkehrbaren Faktensetzung.

Ein Beleg für diese bewußt undurchschaubar gehaltene Politik der Bundesregierung ist darin zu sehen, daß alle einschlägigen Befragungen, Untersuchungen und Aussagen von Expertengruppen und -kommissionen einen tatsächlich vorhandenen Bedarf nach Programmvielfalt in der bundesdeutschen Bevölkerung verneint haben. Es paßt auch ins Bild, daß der Bericht der vom Bundestag im April 1981 eingesetzten Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ mit seinen teilweise nachdenklich stimmenden Ergebnissen im Sachstandsbericht nicht die geringsten Auswirkungen auf die Politik der Bundesregierung zu haben scheint.

Die Zeitbombe der neuen Medien tickt. Anstatt sie zu entschärfen, setzen die verantwortlichen Politiker alles daran, mit einem optimistisch klingenden Propagandalärm das Ticken zu übertönen. Das auch in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl enthaltene Schlagwort der Schaffung einer „Meinungsvielfalt durch neue Kommunikationstechniken“ und die vom Bundespostminister in Aussicht gestellten arbeitsplatzsichernden und -schaffenden Effekte dieser Technologien täuschen nicht darüber hinweg, daß der Industrie mit staatlicher Hilfe und mit dem Kabelgroschen der Arbeitnehmer eine technologische Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden soll, die die Konzentration verheerender Manipulations- und Arbeitsplatzvernichtungspotentiale in den Händen einer kleinen Wirtschaftselite zur Folge haben kann.

### Gewerkschaftliche Schlußfolgerungen

Aus den vorstehend skizzierten Problemen, die sich aus der Entwicklung neuer Medien ableiten lassen, ergibt sich ein zwingender Handlungsbedarf bei den Gewerkschaften. Im einzelnen sind folgende Maßnahmen und Aktivitäten durch den DGB zu initiieren und koordinieren:

1. Die Erarbeitung einer Bestandsaufnahme, die sich mit allen Auswirkungen der neuen Kommunikationstechnologien auf die Arbeitnehmer auseinandersetzt. Diese Bestandsaufnahme muß das Zusammenwirken der medienpolitischen, beschäftigungspolitischen, Verbraucherschutzrechtlichen Folgen analysieren und in eine geschlossene Stellungnahme aus gewerkschaftlicher Sicht einbringen. Hier darf nicht der Fehler begangen werden, daß „Für und Wider“ von Koax-Verkabelung



und Glasfaserverkabelung bezüglich ihrer Folgewirkungen auf die soziale Situation der Arbeitnehmer ausschließlich zu diskutieren. Viel aktueller und in seinen Rationalisierungsauswirkungen erheblich gravierender sind die nachrichtentechnologischen Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung der schmalbandigen Dienste. Die Bundesrepublik wird nicht verkabelt, sie ist verkabelt.

2. Eine Auswertung und weiterführende Diskussion über die bisher getroffenen tariflichen Regelungen, die dem Bereich der sozialen Kontrolle neuer Technologien berühren. Die Gewerkschaften haben eine nicht unerhebliche Erfahrung in der Auseinandersetzung mit dem betrieblichen Einsatz neuer Technologien sammeln können und eine Fülle von Tarifverträgen und Rationalisierungsschutzabkommen sowie Betriebsvereinbarungen abgeschlossen. Diese Erfahrungen sind zu systematisieren und daraufhin zu überprüfen, ob und wie weit sie bei der sozialen Kontrolle und der sozialen Steuerung technologischer Entwicklungen im überbetrieblichen Bereich greifen. Eine enge tarifpolitische Koordinierung der Aktivitäten der Mitgliedsgewerkschaften des DGB erweist sich angesichts der neuen technologischen Entwicklungen als dringend geboten.

3. Die Herstellung einer engen inhaltlichen Verzahnung der technologiepolitischen Diskussion mit der Mitbestimmungsinitiative des DGB. Gerade die modernen Kommunikations- und nachrichtentechnologischen Entwicklungen sowie ihre Auswirkungen auf die gesamte Infrastruktur der bundesdeutschen Volkswirtschaft machen unabweisbar deutlich, wie notwendig die Errichtung überbetrieblicher Mitbestimmungsinstanzen wie beispielsweise Wirtschafts- und Sozialräte sind. Solche Mitbestimmungsinstanzen können die gesamtgesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieser neuen Technologien in ihren sozialen Folgen abschätzen, steuern und mögliche Friktionen für die Arbeitnehmer verhindern helfen.

4. Die systematische und umfassende Information der Arbeitnehmer über Bildungsmaßnahmen, Tagungen und sonstige Aktivitäten. Die Erfahrungen mit der Bewältigung technologischer Entwicklungen zeigt, wie schwer es ist, Arbeitnehmern die sozialen Risiken und die Gefährdungspotentiale neuer Technologien nachvollziehbar und im Sinne einer persönlichen Betroffenheit darzustellen. Schon beim Einsatz neuer Technologien im betrieblichen Umfeld hat sich dies als außerordentlich schwierig erwiesen. Um so mehr müssen die Arbeitnehmer für technologische Entwicklungen und deren Gefahren sensibilisiert werden, die sich teilweise weit außerhalb ihres persönlichen Erfahrungsbereiches entwickeln.

5. Die Fortführung und die Vertiefung der grundsätzlichen Diskussion über die gewerkschaftliche Haltung zu den modernen technologischen Entwicklungen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere eine systematische Aufarbeitung bisheriger gewerkschaftlicher Erfahrungen und Einschätzungen zur Entwicklung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien zu leisten. Die Gewerkschaften nehmen nach wie vor eine positive Grundhaltung zur Technikentwicklung ein. Dies darf sie nicht daran hindern, ihre Erfahrungen zu überprüfen und Haltungen und Einstellungen zu korrigieren. Produkt- und Verfahrensinnovation auf der Basis der Mikroelektronik mögen die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den internationalen Märkten und damit Arbeitsplätze in der Bundesrepublik sichern. Die Gewerkschaften werden sich aber in der Zukunft grundsätzlicher mit dem Trend auseinandersetzen müssen, daß die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfä-

higkeit offenbar nur über den Preis eines immer niedriger werdenden Beschäftigungsniveaus in der Bundesrepublik zu bewerkstelligen ist. Modernisierung der Volkswirtschaft und die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit reichen als gemeinsame Position aller an der Volkswirtschaft beteiligter Gruppen dann nicht aus, wenn sie die Beschäftigungskatastrophe nur verzögern, sie aber nicht verhindern. Hier bedarf es dringend der Ergänzung dieses volkswirtschaftlichen Konsenses um soziale Kriterien.